

Hearing im Landesparlament nach der Sommerpause

Arbeitspsychologen sollen zur Beschäftigung von Mädchen im Bauhauptgewerbe gehört werden

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge befaßte sich mit den Bereichen des Landesentwicklungsberichts 1980, die in seine Zuständigkeit fallen. Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales hatte einen ergänzenden aktualisierten Bericht (Vorlage 9/775) dem Ausschuß zugeleitet, weil seit der Vorlage des Landesentwicklungsberichts sich in vielen Bereichen Veränderungen ergeben haben. Dieser ergänzende Bericht war vor allem Grundlage einer ausführlichen Diskussion.

Heinrich Dreyer (CDU) wies im Rahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung darauf hin, daß die ostwestfälische Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammern ihre Bereitschaft erklärt hätten, das Berufsgrundschuljahr in kooperativer Form zu führen. Auch die Berufsschulen hätten hierzu ihre Bereitschaft bekundet. Staatssekretär Paul-Arnold Nelles vom Sozialministerium unterstrich, daß in diesem Rahmen jeweils die örtlichen Gegebenheiten untersucht werden müßten.

Von den Abgeordneten Heinrich Dreyer, Lothar Hegemann (beide CDU) und Günter Meyer zur Heide (SPD) wurden ferner Probleme des Umweltschutzes (Immissionsbelastung - Emissionsminderung) besonders angesprochen.



Immer noch problematisch: Weiblicher Lehrling auf dem Bau. Foto: dpa

Frauenpolitik

Ingeborg Friebe (SPD) wies im Rahmen der Frauenpolitik darauf hin, daß die bereits heute sehr angespannte Arbeitsmarktsituation weiblicher Arbeitnehmer ganz wesentlich auch auf die immer noch vorhandene Minderqualifikation von Frauen zurückzuführen sei. Mit einer weiteren Verschlechterung sei, so der Bericht des Ministers, insbesondere in traditionellen Frauenberufen, so in den Büroberufen, zu rechnen, unter anderem auch durch technologisch bedingte Veränderungen. Die Frage, die sich hier stelle, sei, ob man hierauf Einfluß nehmen könne. Staatssekretär Nelles erklärte, es gebe keine Patentlösung.

Helmut Harbich (CDU) sprach im Rahmen des Problems „Aussiedler“ die Kürzungen im Haushalt 1982 für diesen Personenkreis an und wollte vom Ministerium wissen, ob die Mittel in diesem Jahr ausreichen würden.

Staatssekretär Nelles gab zu, es sei richtig, daß hier finanzielle Einschränkungen gemacht werden mußten, obwohl in den ersten Monaten dieses Jahres eine beachtliche Zahl von Aussiedlern nach Nordrhein-Westfalen gekommen sei.

Auf die Frage des Abgeordneten Heinrich Dreyer (CDU), ob eine Änderung des Gesetzes über den Rettungsdienst vorgese-

hen wäre, antwortete Nelles, daß dies nicht der Fall sei. Der Ausschuß nahm den Landesentwicklungsbericht 1980 einstimmig zur Kenntnis.

Auf einen Antrag der Abgeordneten Ingeborg Friebe (SPD), dem sich der Ausschuß einstimmig anschloß, wird nach der Sommerpause eine Anhörung von verschiedenen Sachverständigen, Verbänden und Institutionen zum Gutachten über „Arbeitspsychologische Überlegungen zur Beschäftigung von weiblichen Jugendlichen und Frauen im Bauhauptgewerbe“ stattfinden, das im Auftrag des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen von den Professoren Dr. med. Dr. phil. Joseph Rutenfranz und Dr.-Ing. F. Klimmer, Dortmund, erstellt worden ist.

Außerdem befaßte sich der Ausschuß mit dem Antrag der Fraktion der CDU bezüglich Novellierung des Planungs- und Abstandserlasses (Drs. 9/1512). Hierzu hatten sowohl der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales als auch der Minister für Landes- und Stadtentwicklung ihre Entwürfe zur Novellierung des Planungs- und Abstandserlasses vorgelegt.

Zunächst nahm Staatssekretär Nelles zu einigen Forderungen des CDU-Antrages Stellung. Er wies darauf hin, daß die Forderung, die Landesregierung möge schnellstmöglich eine Novellierung des

Betreuung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten weiter möglich

In einer aktuellen Viertelstunde des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge wies der Abgeordnete Heinrich Dreyer (CDU) darauf hin, daß im Haushalt 1982 der Ansatz „Zuschüsse für ausgewählte Maßnahmen zur sozialen Rehabilitation von Obdachlosen“ erheblich gekürzt worden sei. Er solle im nächsten Haushalt ganz entfallen. Aus dieser Position sei bislang der Ortsverband Mettmann im Deutschen Kinderschutzbund gefördert worden, der in zwei sozialen Brennpunkten eine Kinder- und Jugendbetreuung durchführt. Eine Fortführung dieser Arbeit sei unbedingt erforderlich, betonte Dreyer. Er bat den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales um Auskunft, welche Möglichkeiten zur weiteren Förderung dieser Betreuung die Landesregierung sehe.

Staatssekretär Paul-Arnold Nelles vom Sozialministerium antwortete: „Es trifft zu, daß der für den Bereich ‚Ausgewählte Maßnahmen zur sozialen Rehabilitation Obdachloser‘ vorgesehene Haushaltsansatz im Jahre 1982 auf 500000 DM reduziert worden ist und im Jahre 1983 gänzlich entfallen wird, so daß eine Bezuschussung der freien Träger von Rehabilitationsmaßnahmen aus Landesmitteln in dieser Form künftig nicht mehr möglich sein wird. Da der Ortsverband Mettmann des Deutschen Kinderschutzbundes hier indes eine Maßnahme durchführt, die die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in zwei sozialen Brennpunkten zum Gegenstand hat, ist eine Förderung dieser Maßnahme im Jahre 1983 im Rahmen der für 1983 verfügbaren Haushaltsmittel nach Ziffer 1.25, erzieherische Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien, die in Wohngebieten mit unterdurchschnittlichen Sozialisationsbedingungen leben, der dann geltenden neuen ‚Richtlinien zur Gewährung von Zuwendungen des Landes zur Förderung offener erzieherischer Jugendhilfen‘ entsprechend dem hierfür vorgesehenen Haushaltsansatz möglich.“

Planungs- und Abstandserlasses vorliegen, bereits vollständig erfüllt sei. Allerdings, betonte Nelles, die Arbeiten zur Novellierung hätten bereits lange vor dem CDU-Antrag begonnen. Die Forderung, so Nelles, daß der Abstandserlaß bei Gemengelage nicht angewendet werden solle, könne nicht nachgekommen werden. Der Abstandserlaß müsse generell die Stellungnahmen der staatlichen Gewerbeaufsichtsämter in Nordrhein-Westfalen vereinheitlichen, könne also nicht bestimmte Bereiche, so Gemengelage, ausnehmen. Bernd Wilz (CDU) begrüßte für seine Fraktion, daß in relativ kurzer Zeit nunmehr ein Gesamtkonzept vorgelegt worden sei.

Fortsetzung Seite 14